



Information

Hanomag ein Musterbeispiel verfehler Unternehmens- und Wirtschaftspolitik

Der Zusammenbruch der SMH-Bank löste eine in der Nachkriegsgeschichte nie gekannte Krise um die IBH und ihre Tochterunternehmen – so auch bei der Hanomag GmbH – aus.

Am 4. 11. 1983 erfolgte die Einleitung des Vergleichsverfahrens bei der Hanomag GmbH. Seit diesem Zeitpunkt ist die IG Metall im engsten Kontakt mit Betriebsrat und gewerkschaftlicher Vertrauenskörperleitung bemüht, möglichst viele Arbeitsplätze bei der Hanomag zu retten.

Die Bemühungen der IG Metall waren und sind Kontakte, Gespräche und Verhandlungen mit der Geschäftsführung, dem Vergleichs- und späteren Konkursverwalter, Arbeitsamt, Stadt und Land. Weiter ging es um die Vertretung der individuellen Ansprüche eines jeden Hanomag-Arbeitnehmers in allen Sachen, die mit dem Konkurs zusammenhängen. Viele Anfragen aufgrund der Notsituation mußten beantwortet und Hilfsmaßnahmen bei Ämtern eingeleitet werden. Belegschaft und Öffentlichkeit wurden durch die IG Metall laufend informiert.

Nach der Eröffnung des Vergleichs konnte unter Mithilfe der IG Metall sichergestellt werden, daß durch Gewährung von Konkursausfallgeld die gesamte Belegschaft für drei Monate zu den alten Löhnen und Gehältern weiterbeschäftigt werden konnte. Auch die tarifliche Sonderzahlung – das heißt Weihnachtsgeld – wurde in voller Höhe zur Auszahlung gebracht. Weiter konnte der rückständige Lohn aus Oktober 1983 gezahlt werden.

Das Ziel der IG Metall seit dem 4. November 1983 war es, die Schließung der Hanomag zu verhindern. Die Belegschaft der Hanomag hat alles getan, um die Gespräche und Verhandlungen bezüglich der Übernahme durch einen weiteren Betreiber nicht zu behindern.

Der Vergleichsverwalter war bemüht Interessenten zu finden, um die Hanomag mit dem Standort Hannover weiterzuführen. Der Zusammenbruch der IBH und

somit der Hanomag und der SMH-Bank ist ein Riesenskandal.

Da die Produktionsstätten der Hanomag veraltet sind war eine neue Produktionsstätte mit finanziellen Zuschüssen von Land und Stadt im Bau. Diese steht jetzt als Bauruine da!

Bald stellte sich heraus, daß wegen der enormen Belastungen eine privatwirtschaftliche Lösung nicht durchführbar war. Aus dem gleichen Grund war an eine Übernahme der Hanomag durch die Belegschaft nicht zu denken, weil das Risiko keinem Belegschaftsangehörigen zuzumuten ist. Erst wäre das Geld und dann der Arbeitsplatz verloren gegangen. Darüber hinaus hätte sich keine Bank gefunden, die bereit gewesen wäre ein so großes Risiko mit zu tragen. Hinzu kommt, daß alles was der Hanomag gehört hat durch Gläubigersicherung übereignet war. An Werten ist nichts mehr vorhanden, dank der Herren Esch & Co.

Aus dieser Erkenntnis heraus hat sich die IG Metall schon sehr früh um eine politische Lösung bemüht. Diese sah vor, daß Bund, Land, Stadt und Banken eine nationale Auffanggesellschaft gründen, die unter Beibehaltung des Standortes Hannover und der Sicherung der Arbeitsplätze die Hanomag weiterbetreiben sollte, zumindest solange bis eine andere Situation eintritt.

Neben Land und Stadt hätte auch der Bund ein großes Interesse an einer solchen Lösung haben müssen.

Mit dem Untergang der IBH, der Hanomag sowie anderer Tochtergesellschaften wird der wesentlichste Teil der deutschen Baumaschinenindustrie mit einem hohen Exportanteil vernichtet. Daran kann auch der Bund nicht interessiert sein. Die Stadt Hannover ist mehrfach mit ausdrücklicher Unterstützung der IG Metall an den Bundeswirtschaftsminister herangetreten. Sowohl der Graf Lambsdorff wie der Niedersächsische Ministerpräsident Dr. Albrecht haben eine solche Lösung abgelehnt, weil sie natürlich Geld gekostet hätte.

Jetzt aber werden öffentliche Mittel zur Bezahlung der Arbeitslosigkeit verbraucht.

Es ist für die IG Metall völlig unverständlich, daß man statt Arbeitsplätze zu erhalten, wesentlich mehr Geld für Arbeitslosenunterstützung ausgibt, obgleich die Hanomag-Produkte ausgezeichnet sind, ein entsprechender Markt vorhanden und das Händlernetz bisher intakt ist.

Skandalös ist weiter, daß alle Gespräche ohne Betriebsrat, ohne Aufsichtsrat und ohne die IG Metall geführt wurden.

Die IG Metall hat ihre Auffassung dem Niedersächsischen Ministerpräsidenten mehrfach mitgeteilt. Anstatt der Belegschaft der Hanomag zu helfen, wurde hauptsächlich mit **einem** Favoriten, natürlich Orenstein & Koppel, verhandelt.

Echte und scheinbare Interessenten waren kaum zu unterscheiden. Das monatelange Favorisieren der Landesregierung von Orenstein & Koppel ist um so unverständlicher, da von Anfang an feststand, daß dieses Unternehmen auf Dauer nicht weiter in Hannover produzieren wollte.

Die Gruppe Piepenbrock war die einzige Gruppe, die ein schlüssiges Konzept im Nordbereich des Hanomaggeländes vorlegen konnte, mit einer Anfangsproduktion, die für 700 Arbeitnehmer einen Arbeitsplatz garantiert hätte. Herr Piepenbrock war der einzige Interessent, der mit der IG Metall und dem Betriebsauschuß ein Gespräch über seine Absichten führte.

Die IG Metall hat – und das kann nicht anders sein – ausschließlich die Interessen ihrer Mitglieder gesehen, daß heißt den Erhalt möglichst vieler Arbeitsplätze. Einer reinen Abwicklung konnte nicht zugestimmt werden.

Mit Nachdruck hat die IG Metall immer wieder darauf hingewiesen, daß jeder Tag der vergeht die Chance einer weiteren Produktion bei der Hanomag verringert.

Ab März 1984 sollen diejenigen, die noch bei der Hanomag beschäftigt sind, auf einen erheblichen Teil ihres Einkommens verzichten. Hiergegen wendet sich die IG Metall, der Betriebsrat und die Belegschaft entschieden.

Die Auszubildenden standen ebenfalls vor dem Nichts. Auf Veranlassung der Niedersächsischen Landesregierung können diese zwar ihre Ausbildung in einer anderen Form fortsetzen und beenden, haben aber erhebliche finanzielle Einbußen.

Richtig war es, daß der Betriebsrat einen Sozialplan abgeschlossen hat. Dieser beinhaltet ca. 36 Millionen Mark. Ob, wieviel und wann davon etwas zur Auszahlung gelangt weiß niemand. Aber zu Recht hätten die Kolleginnen und Kollegen dem Betriebsrat Vorwürfe gemacht, hätte er einen solchen Sozialplan nicht abgeschlossen.

Die Gewerkschaft vertritt alle mit dem Konkurs zusammenhängenden Rechtsfälle für ihre Mitglieder.

Eine weitere katastrophale Mitteilung gab der Konkursverwalter in einer Informationsveranstaltung am 29. Februar 1984 bekannt. Er erklärte, daß alle Bemühungen Interessenten zu finden gescheitert seien. Er sehe sich darüber hinaus gezwungen von den verbliebenen knapp 500 Belegschaftsangehörigen weitere 200 sofort »freizusetzen«.

Fazit dieser Information ist, daß der verbleibende Rest der Hanomag abgewrackt wird.

Auf der gleichen Informationsveranstaltung gab der Sprecher einer Interessentengruppe bekannt, daß sie bereit seien die Hanomag zu übernehmen. Es fehlt ihr aber ein Restbetrag zwischen 7 und 8 Millionen DM.

Nach Auffassung des Betriebsrates und der IG Metall müßte es möglich sein den relativ bescheidenen Differenzbetrag zu überbrücken und damit den Fortbestand der Hanomag zu sichern.

Das bis zur Stunde erfolglose Ringen um die Hanomag ist ein Musterbeispiel einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik. Daß es soweit kommen konnte liegt mit an einer unzureichenden Mitbestimmungsgesetzgebung.

Am Ende des Ringens um die Hanomag steht soziale Ungerechtigkeit, der Weg zum Arbeitsamt und später zum Sozialamt. Das ist der Dank für jahrzehntelange Treue zum Betrieb.

Daß die Bundesrepublik Deutschland ein demokratischer und sozialer Staat ist, steht bei Betrachtung dieser Entwicklung nur im Grundgesetz.

Bei der katastrophalen Situation auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere in unserer Region, ist nicht damit zu rechnen, daß die meisten Arbeitslosen wieder einen Arbeitsplatz finden.

Ohne Arbeitszeitverkürzung – 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich – und ohne staatliche Wirtschaftsförderung wird sich die soziale Lage der Arbeiter und Angestellten weiter verschlechtern.



Wir fordern die verantwortlichen Politiker auf, endlich konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einzuleiten.